

## Junge Menschen brauchen Raum, Jugendarbeit auch! Schluss mit Wegschauen, endlich Handeln!

*Die Landesarbeitsgemeinschaft für Offene Kinder- und Jugendarbeit fordert die Bezirke und das Land Berlin auf, die Kinder- und Jugendarbeit nicht weiter zu verschlafen!*

In einer Großstadt wie Berlin ist Raum *das* zentrale Thema. Berlin wächst! Und Berlin wächst weiter! Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich die Offene Kinder- und Jugendarbeit im Zuge städtebaulicher Verdichtungen in Gefahr sieht, weiter verdrängt zu werden. Wachstum führt zu steigenden Anforderungen. Eine zügige und angemessene Entwicklung der sozialen Infrastruktur jedoch fehlt.

Betrachtet man die derzeitige Bildungs- und Jugendpolitik kommt man nicht umhin festzustellen, dass seit Beginn der aktuellen Legislaturperiode vor allem Schulen und Kindertageseinrichtungen als klassisch konnotierte Bildungseinrichtungen mitgedacht werden.

Offene Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen kommen und kamen in den Plänen oft nicht vor - gleichwohl gerade diese einen wesentlichen Beitrag zur Demokratiebildung und außerschulischen Bildung leisten. Standortgebundene Einrichtungen der Kinder- und Jugendbildung bieten einen eigenständigen und wichtigen Rückzugsort gegenüber anderen lebensweltrelevanten Orten wie Familie und Schule: Doch wie wurde und wird die Offene Kinder- und Jugendarbeit in der Berliner Liegenschaftspolitik, etwa bei der Frage von Nutzungsperspektiven einzelner Flächen, mitgedacht? Wo und wie haben junge Menschen die Gelegenheit ihre Perspektiven einzubringen? Wo und wie kann sich Jugendarbeit laut machen?

Räume sind Mangelware. Mietverträge von Kinder- und Jugendeinrichtungen werden beendet, Mietpreise steigen und Jugendclubs werden zugunsten kapitalistischer Interessen geschlossen oder sind ganz grundsätzlich keine willkommenen Mieter\*innen. Dabei wird vergessen, was für eine wichtige Rolle Kinder- und Jugendzentren in unseren Stadtteilen einnehmen.

Besonders der Schwund von Plätzen im öffentlichen Raum trifft die Jugend sehr. Öffentliche Grünanlagen werden zusammenstrichen und 246 Kinder- und Jugendclubs befinden sich im Sanierungsstau (Schriftliche Anfrage AGH Nr. 18/23058). Die zunehmende Verinselung und Institutionalisierung kindlicher und jugendlicher Lebenswelten ruft gerade nach mehr Freiheit in unserer Stadt. Vor allem ökonomisch erschwingliche Freizeitmöglichkeiten sind hier gefragt: Jugendclubs, Spielmobile, Abenteuerspielplätze. Der derzeitige Versorgungsgrad von Offener- Kinder- und Jugendarbeit liegt derzeit bei etwa 7,3 Prozent - also deutlich unter dem zu erwartenden Schnitt.

In Berlin müssen sich Jugendclubs ihre wenigen Räume mit anderen Einrichtungen wie Kultur- oder Bildungseinrichtungen (Musikschule, Jugendkunstschule, Hort, KiTA etc.) teilen. Dabei kommt es neben den räumlichen Einschränkungen auch oft zu inhaltlichen Herausforderungen. Die Bildungsaufträge sind unterschiedlich - es kommt zu Interessenkollisionen (etwa die Akustik eines Jugendclubs vs. der einer Musikschule). Diese Konstellationen können keine langfristige Perspektive sein!

Neben der Gentrifizierung durch steigende Mieten, fehlende Kapazitäten im öffentlichen und halb-öffentlichen Raum oder kompensatorischen Doppelnutzungen herrschen marode Zustände in unseren Clubs. Wasserschäden führen zu Schließungen und pädagogische Nutzungsflächen werden eingeschränkt. Einrichtungen werden zur Dauerbaustellen. Die Investitionsplanungen (2019-2023) der Berliner Bezirke sehen Kinder- und Jugendarbeit jedoch so gut wie gar nicht vor. Kinder- und jugendgerechte Bauprojekte gibt es nur selten.

## **1. Transparenz und Beteiligung bei der Entwicklung von kinder- und jugendspezifischen Räumen in Berlin**

Es ist nicht nur Aufgabe der Kommunen; Kinder- und Jugendhilfe in den Bezirken zu entwickeln und zu planen! Auch Kinder und Jugendliche sowie freie Träger wollen rechtzeitig auf eine geeignete Weise am Planungsprozess, auch an beabsichtigten Bauvorhaben, beteiligt werden – § 3 BauGB sowie § 80 Absatz 3 SGB VIII vorsehen.

Im Jahr 2019 finden berlinweit 38 Sanierungsmaßnahmen an und in Kinder- und Jugendeinrichtungen statt. Wir fordern eine Evaluation dieser Maßnahmen, insbesondere im Hinblick auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nach §34a SGB VIII. Ganz grundsätzlich sollten die Politikorgane in den Bezirken auf Kinder- und Jugendbeteiligung geprüft und angepasst werden. Wir fordern ein umfassendes Rederecht von Kinder- und Jugendparlamenten in allen BVV'n, eine strukturelle Beteiligung an allen Jugendhilfeausschüssen und eine entsprechende Anpassung der jeweiligen Geschäftsordnungen. Des Weiteren braucht es ein Mitspracherecht junger Menschen in den Bauausschüssen der Bezirke und die strukturelle Beteiligung dieser an Bebauungsplanverfahren (B-Plänen) in den Bezirken und im Land.

Kinder und Jugendliche entwickeln Jugendclubs, nicht Erwachsene! Sie müssen an der Konzeption und dem (Neu-)Bau von Kinder- und Jugendeinrichtungen grundsätzlich und umfangreich beteiligt werden. Sie sollten - sofern sie es wollen - von Beginn an, auch bei der Planung eingebunden sein. Bausitzungen müssen kinder- und jugendgerecht sein und dürfen nicht ausschließlich vormittags stattfinden.

## **2. Vorhalteflächen für Offene Kinder- und Jugendarbeit halten und schaffen!**

Räume für Kinder- und Jugendarbeit müssen in Berlin geschaffen und gehalten werden. Sie braucht Räume, die zu adäquaten Kosten

gemietet, gepachtet werden, bestenfalls sogar kostenfrei zur Verfügung gestellt werden können. Dazu ist ein Paradigmenwechsel im kommunal- und landespolitischen Umgang mit Immobilien und Grundstücken notwendig, aber auch eine Gesetzesänderung.

Die Rekommunalisierungsstrategie der Berliner Senatsverwaltung ist ein Schritt in die richtige Richtung. Perspektivisch muss das Land aber auch weiterhin auf eine Änderung des Gewerbemietrechts im Bundesrat drängen. Jugendclubs, die natürlich keinerlei kommerzielle Ziele verfolgen, sollten keine Gewerbemietverträge abschließen! Die Mindestmietdauer sollte für Jugendclubs zwischen zehn und 15 Jahren liegen und einen festgelegten Mietendeckel inkludieren. Zwischen 2014 und 2018 sind die Gewerbemieten in Berlin um 63 % gestiegen. Jugendarbeit jedoch kann sich steigende Mietkosten nicht leisten und wird verdrängt. Erbbaupachtverträge müssen für das Betreiben von Jugendclub möglich endlich möglich gemacht werden.

## **4. Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen überall in der Stadt**

Zwischen 2008 und 2018 wurden in Berlin 26 Kinder- und Jugendclubs zurück gebaut (2008 = 430/ 2018 = 404). Bis heute ist der Versorgungsgrad porös. Der ungleichen Verteilung von Jugendclubs muss in Berlin entgegengetreten werden. Neue Jugendclubs in Berlin entstehen oft in strukturschwachen Regionen - etwa in Fördergebieten der Sozialen Stadt. Nach Auslaufen der Förderkulissen werden viele Projekte der Jugendarbeit nicht in das Fachvermögen Jugend übernommen und sterben aus. Neue Jugendclubs sollten auch nicht nur in als "sozial benachteiligt markierten Quartieren" entstehen. Jugendarbeit ist für alle da. Das Handeln der Bezirks- und Senatsressort ist daher kritisch zu überprüfen. Jugendarbeit ist mehr als Prävention. Neue Räume für Jugendarbeit braucht es überall. (Hier Hinweis auf die ungleiche Verteilung in Zahlen).

### **5. Ausstattung und Erhöhung der bezirklichen Etats zur Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen von Offener Kinder- und Jugendarbeit**

Die Jugendämter brauchen eine deutliche Mittelerhöhung zur Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen von Jugendarbeit, der Wartung eingebauter Geräte und technischer Anlagen. Ausgaben für Inspektionen, Instandhaltungsmaßnahmen bzw. Reparaturen. Nicht jeder gemeinnützige Verein kann sich Kosten dieser Art für die eigene Einrichtung leisten, Mittel in den Leistungs- und Zuwendungsverträgen sind oft gar nicht oder im unbefriedigendem Maße vorgesehen.

### **6. Sanierungstopf für alle Kinder- und Jugendeinrichtungen!**

2019 wurden 246 von insgesamt 404 Kinder- und Jugendeinrichtungen in Berlin als sanierungsbedürftig bewertet. Notwendige Baumaßnahmen stehen seit Jahren aus. Die Zustände werden immer schlechter. Es braucht daher eine Offensive zum Bau und Sanierung von Kinder- und Jugendclubs analog zum Ausbau von Kindertageseinrichtungen und Schulen in Berlin

### **7. Selbstverwaltete Jugendclubs dürfen keine Illusion sein!**

Bei der Neuplanung von Jugendclubs müssen selbstverwaltete Räume Berücksichtigung finden. Dies dürfen weder in der Konzeption noch bei der Bauplanung vergessen werden. Aktiven Jugendliche und jungen Heranwachsenden müssen unterstützt werden. Das Schaffen zusätzlicher Barrieren wie beim Jugendclub Potse in Schöneberg dürfen nicht zum Vorbild werden.

### **8. Barrierearmut auch in Offenen Kinder- und Jugendclubs!**

Inklusive Jugendarbeit wird nicht durch das Schaffen von Toiletten für junge Menschen allein geschaffen. Viele Jugendclubs bergen

bauliche Hürden wie enge Türen/ Stufen. Es braucht daher eine Nachjustierung bestehender Räume und eine Überprüfung auf ihre Barrierearmut. Die politisch Verantwortlichen müssen für diesen Prozess und seine Umsetzung die Finanzierung übernehmen.

Offene Kinder- und Jugendarbeit ist ein wesentlicher B in Berlin. Als dieser wollen wir auch anerkannt werden - sowohl räumlich als auch finanziell. Das Ringen um adäquaten, verlässlichen und innovativen Raum für Kinder und Jugendlichen verhindert das eigentliche Kerngeschäft von Offener Kinder- und Jugendarbeit. Es verschwendet die bereits knappen Ressourcen.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendarbeit fordert Land und Bezirke zu einem Strategiewechsel beim Umgang mit den Interessen von Kindern und Jugendlichen auf. Das Schaffen von Räumen für junge Menschen ist nicht auf Aufgabe von Jugendarbeit, dem Jugendamt oder Jugendpolitik ein. Das Schaffen von Räumen mit und für junge Menschen ist eine Frage zeitgenössischer Stadtentwicklungs- und Liegenschaftspolitik im Land Berlin, welche Kindern und Jugendlichen auch außerhalb von Jugendhilfeausschüssen auf Augenhöhe begegnen muss.

